



**Bericht der Staatskanzlei
an den Regierungsrat
des Kantons Bern
vom 19. Mai 2010**

**über die
Entwicklungszusammenarbeit
in der Legislaturperiode 2007-2010**

Inhalt

1. EINFÜHRUNG.....	2
2. GRUNDLAGEN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DES KANTONS BERN 2	
2.1. RECHTLICHE GRUNDLAGEN	2
2.2. FORMEN DER ZUSAMMENARBEIT	3
3. ZUSAMMENARBEITSPROJEKTE MIT BULGARIEN	3
3.1. HINTERGRUND.....	3
3.2. PROJEKTORGANISATION	4
3.3. FINANZIERUNG	4
3.4. PROJEKT REFERENDUM UND BÜRGERINITIATIVE	5
3.4.1. Zielsetzung.....	5
3.4.2. Eingesetzte Mittel.....	5
3.4.3. Partner	6
3.4.4. Aktivitäten	6
3.4.5. Resultate.....	9
3.5. PROJEKT RAUMENTWICKLUNG.....	10
3.5.1. Zielsetzung.....	10
3.5.2. Eingesetzte Mittel.....	10
3.5.3. Partner	10
3.5.4. Aktivitäten	10
3.5.5. Resultate.....	13
3.6. PROJEKT BEVÖLKERUNGSSCHUTZ UND SANITÄTSMATERIAL.....	13
3.6.1. Zielsetzung.....	13
3.6.2. Eingesetzte Mittel.....	14
3.6.3. Partner	14
3.6.4. Aktivitäten	14
3.6.5. Resultate.....	15
3.7. ERGEBNISSE DER ZUSAMMENARBEIT MIT BULGARIEN UND AUSBLICK	15
4. INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT.....	16
4.1. TREFFEN DER KANTONALEN ENTWICKLUNGSHILFEBEAUFTRAGTEN.....	16
4.2. DISKUSSIONSPLATTFORM DEZA-KANTONE.....	16
4.3. INTERKANTONALES PSYCHIATRIEPROJEKT IN BOSNIEN-HERZEGOWINA.....	17
5. FINANZIELLE BEITRÄGE AN ENTWICKLUNGSHILFEORGANISATIONEN.....	20
6. FAZIT UND AUSBLICK	21

1. Einführung

Der Kanton Bern übernimmt Verantwortung gegenüber benachteiligten Ländern und leistet einen Beitrag zu deren Entwicklung. Mit dem vorliegenden Bericht informiert die Staatskanzlei den Regierungsrat über die wichtigsten Aktivitäten des Kantons Bern im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit während der Legislaturperiode 2007 bis 2010.

Der Schwerpunkt liegt auf der Berichterstattung über die Projekte des Dienstes für Aussenbeziehungen mit Bulgarien. Diese Projekte in den Bereichen „Referendum und Bürgerinitiative“, „Nachhaltige Raumentwicklung“ sowie „Bevölkerungsschutz und Sanitätsmaterial“ werden nach achtjähriger erfolgreicher Zusammenarbeit auf Ende 2010 abgeschlossen. Im vorliegenden Bericht sind die Stärkung der interkantonalen Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit und die Optimierung der Zusammenarbeit der Kantone mit der Eidgenössischen Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) weitere wichtige Themen. In diesem Zusammenhang entstand das interkantonale Psychiatrieprojekt in Bosnien-Herzegowina, welches sich als Nachfolgeprojekt für die Projekte mit Bulgarien anbietet. Schliesslich informiert der Bericht über den Zuwendungsbereich der Entwicklungshilfe des Lotteriefonds.

Die Berichterstattung endet mit einem Ausblick, welcher aufzeigt, wie der Kanton Bern seine Verantwortung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit auch in Zukunft wahrnehmen will.

2. Grundlagen der Entwicklungszusammenarbeit des Kantons Bern

2.1. Rechtliche Grundlagen

Die Entwicklungszusammenarbeit des Kantons Bern erfolgt in Übereinstimmung mit Art. 54 der Verfassung des Kantons Bern vom 6. Juni 1993 (BSG 101.1):

- Art. 54 Abs. 1: Der Kanton beteiligt sich an der Zusammenarbeit mit den Regionen Europas.
- Art. 54 Abs. 2: Er leistet einen Beitrag zum wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aufbau in benachteiligten Ländern und unterstützt die humanitäre Hilfe für notleidende Menschen und Völker. Er fördert dabei die Einhaltung der Menschenrechte.

Wie im Vortrag und in den Beratungen zur Kantonsverfassung festgehalten, kann der Kanton Bern im Rahmen seiner Möglichkeiten eigene Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit realisieren und/oder verschiedene Entwicklungsorganisationen unterstützen.¹

Die Projektbeiträge des Kantons Bern im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit werden, gestützt auf Art. 46 Abs. 2 Bst. g des Lotteriegesetzes vom 4. Mai 1993 (LG; BSG 935.52) und des Art. 31 Abs. 1 und 2 der Lotterieverordnung vom 20. Oktober 2004 (LV; BSG 935.520), durch Mittel aus dem Lotteriefonds finanziert.

¹ Kälin/Bolz, Handbuch des Bernischen Verfassungsrechts, 1995, Art. 54 N. 6

2.2. Formen der Zusammenarbeit

Der Kanton Bern stützte seine Entwicklungszusammenarbeit in der Legislaturperiode 2007 bis 2010 auf drei Pfeiler:

1. Realisierung von drei eigenen Zusammenarbeitsprojekten in Bulgarien in Kooperation mit einer Nichtregierungsorganisation in Sofia
2. Erarbeitung eines interkantonalen Psychiatrieprojekts in Bosnien-Herzegowina und Stärkung der Zusammenarbeit mit der DEZA gemäss der Pariser Deklaration über die Wirksamkeit der internationalen Entwicklungszusammenarbeit aus dem Jahre 2005²
3. Finanzielle Beiträge aus dem Lotteriefonds an Projekte von Entwicklungshilfeorganisationen

Auf diese drei Bereiche wird in den folgenden Abschnitten näher eingegangen.

3. Zusammenarbeitsprojekte mit Bulgarien

3.1. Hintergrund

Bereits in den 90er Jahren entstanden Partnerschaften zwischen Gemeinden des Kantons Bern und der bulgarischen Region Stara Planina, die stetig weiterentwickelt worden sind. Im Jahr 2001 knüpfte der Regierungsrat des Kantons Bern anlässlich seiner Legislaturreise erste Kontakte in Bulgarien. Daraus entwickelten sich die in enger Zusammenarbeit mit der DEZA realisierten drei Projekte:

- „Referendum und Bürgerinitiative“
- „Raumentwicklung“
- „Bevölkerungsschutz und Sanitätsmaterial“.

Die Zielsetzungen, Aktivitäten und Resultate der Projektphase 2002 bis 2006 sind im Bericht der Staatskanzlei an den Regierungsrat des Kantons Bern vom 30. August 2006 detailliert beschrieben. Am 20. Dezember 2006 nahm der Regierungsrat diesen Bericht zu Kenntnis und beschloss, die Zusammenarbeit mit Bulgarien bis Ende 2010 weiterzuführen (RRB 2233/2006).

Ausschlaggebend für diesen Entscheid war, dass aus den Direktkontakten mit bulgarischen Partnern und Partnerorganisationen das klare Bedürfnis nachgewiesen werden konnte, die Zusammenarbeit weiterzuführen und zu einem sinnvollen Abschluss zu bringen:

- Als sinnvoll erachtet wurden im Bereich „Referendum und Bürgerinitiative“ einerseits die fachliche Unterstützung auf nationaler Ebene bis zum Abschluss einer Gesetzesrevision zur Ausweitung der politischen Rechte und der direktdemokratischen Partizipation. Andererseits bestand aber auch das Bedürfnis nach einem Austausch praktischer Erfahrungen und nach technischer Hilfe bei der Durchführung von Wahlen und Abstimmungen auf lokaler und regionaler Ebene.
- Im Bereich „Raumentwicklung“ wurde ebenfalls eine Unterstützung der Rechtsetzungsprozesse auf nationaler Ebene sowie technische Unterstützung bei der Abfassung von kommunalen Entwicklungsplänen und bei konkreten Umnutzungsprojekten beantragt.

² Die "Paris Declaration on Aid Effectiveness" ist das Abschlussdokument einer dreitägigen Konferenz zur Wirksamkeit der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Mehr als 100 VertreterInnen von Entwicklungsbanken und -organisationen, Geber- und Partnerländern unterschrieben am 2. März 2005 in Paris die Erklärung. Ziel ist es, die Effektivität von Entwicklungshilfe zu steigern, um Armut schneller und wirksamer zu reduzieren. Die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit sollen gezielter eingesetzt und die Kosten gesenkt werden. Die Pariser Erklärung besteht aus fünf Kernprinzipien: Eigenverantwortung, Partnerausrichtung, Harmonisierung, ergebnisorientiertes Management und gegenseitige Rechenschaftspflicht. Vgl.: <http://www.oecd.org/dataoecd/37/39/35023537.pdf> (besucht am 15.03.2010)

- In den Bereichen „Bevölkerungsschutz und Sanitätsmaterial“ wurde die Ausrüstung (Pioniermaterial) und Ausbildung von zwei bis drei weiteren Zivilschutzeinheiten in anderen Regionen geprüft. Ebenso wurde die Lieferung von sanitätsdienstlichem Mobiliar, Einrichtungen und Sanitätsmaterial an das bulgarische Rote Kreuz sowie an Spitäler und Heime geplant. Vorbehalten blieb jeweils, dass der Bedarf durch Abklärungen und Inspektionen vor Ort bestätigt würde.

Nach dem Beitritt Bulgariens zur Europäischen Union (EU) beendete die DEZA ihr Transitionshilfeprogramm in Bulgarien per Ende 2007. Die Unterstützung von Projekten im Rahmen des „Beitrags der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in Bulgarien“ wird voraussichtlich ab 2011 möglich sein. Sowohl die bulgarischen Partnerorganisationen als auch die Schweizer Bundesbehörden begrüßten die Weiterführung der Projekte des Kantons Bern in der Übergangsphase.

In der Projektphase 2007 bis 2010 wurde die ursprüngliche geographische Beschränkung auf die beiden Regionen Stara Planina und Kardjali aufgehoben, da Kontakte zu anderen Gemeinden und Regionen hergestellt worden waren und zusätzliche Partner und Regionen gewonnen werden konnten, welche die Voraussetzungen erfüllten, um von den Projekten profitieren zu können.

3.2. Projektorganisation

In der Projektphase 2007 bis 2010 oblag die politische Projektoberleitung dem Polizei- und Militärdirektor (Stellvertretung durch den Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor). Für die Projektabwicklung war die Staatskanzlei, Dienst für Aussenbeziehungen, mit einer von 2008 bis 2010 befristeten Projektassistentenstelle (40%) zuständig.

Auf bulgarischer Seite arbeitete der Kanton Bern eng mit dem Verein Balkan Assist zusammen. Diese Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Sofia war zuständig für die operative Leitung der Projekte „Referendum und Bürgerinitiative“ sowie „Raumentwicklung“. Im Projekt „Bevölkerungsschutz und Sanitätsmaterial“ übernahm sie die in Bulgarien anfallenden Koordinations- und Vermittlungsaufgaben.

Bis Ende 2007 wurden die Projekte gemeinsam mit der DEZA realisiert. Nach dem Abschluss der Transitionshilfe der DEZA in Bulgarien führte der Kanton Bern die Projekte weiter. Der Informationsaustausch mit der DEZA in Bern wurde dabei weitergeführt.

Für die Zusammenarbeit schlossen der Kanton Bern und Balkan Assist am 15. Juni 2007 eine Vereinbarung ab. Der Vertrag schrieb vor, dass Balkan Assist jährliche Projektpläne und halbjährliche Abrechnungen erstellte. Zudem wurde eine jährliche Rechnungsprüfung (Audit) durch eine unabhängige Stelle vorgeschrieben. Sämtliche Rechnungsprüfungen wurden von der Firma ATA GmbH realisiert, welche bereits im Auftrag der DEZA Audits durchführte.

3.3. Finanzierung

Die Bulgarienprojekte wurden mit Mitteln aus dem Lotteriefonds finanziert. Am 28. Februar 2007 sprach der Regierungsrat hierzu einen Beitrag aus dem Lotteriefonds in der Höhe von CHF 800'000 (RRB 345/2007). Die Hälfte dieser Mittel war für die Umsetzung der Projekte durch den bulgarischen Projektträger gemäss Projektvereinbarung vorgesehen. Die andere Hälfte stand für die Finanzierung von Aktivitäten des Kantons Bern im Rahmen der Bulgarienprojekte zur Verfügung, insbesondere für die Projekte Bevölkerungsschutz und Sanitätsmaterial.

Detaillierte Projektpläne und Budgets, halbjährliche Umsetzungsberichte sowie Abrechnungen dienten als Grundlage der Projektabwicklung und wurden vom Dienst für Aussenbeziehungen geprüft. Auf dieser materiellen Grundlage erfolgte die Auslösung der halbjährlichen Mitteltransfers an die Partnerorganisation. Die Abrechnungen von Balkan Assist wurden alle samt von der beauftragten Buchprüfungsfirma ATA GmbH ohne Beanstandungen geprüft.

Bis Ende 2009 wurden Balkan Assist vertragsgemäss CHF 300'000 überwiesen.³ Für den Dienst für Aussenbeziehungen entstanden von 2007 bis 2009 Projektkosten in der Höhe von CHF 217'050. Davon wurden CHF 144'808 für das Projekt „Bevölkerungsschutz und Sanitätsmaterial“, CHF 34'827 für das Projekt „Referendum und Bürgerinitiative“ und CHF 37'415 für das Projekt „Raumentwicklung“ eingesetzt.

Seit 2007 ergaben sich insgesamt folgende Aufwendungen:

Aufwendungen ⁴ für das Jahr 2007:	CHF 223'416
Aufwendungen für das Jahr 2008:	CHF 142'971
Aufwendungen für das Jahr 2009:	CHF 150'663
Total Aufwendungen per 31.12.2009:	<u>CHF 517'050</u>
Rahmenbeitrag des Lotteriefonds 2007-2010:	CHF 800'000
Kreditstand per 31.12.2009:	CHF 282'950

Ende 2010 wird dem Lotteriefonds eine Schlussabrechnung eingereicht werden. Aufgrund des vorzeitigen Abschlusses des Projekts „Bevölkerungsschutz und Sanitätsmaterial“ per Ende 2008 wird von einem Restbetrag zugunsten des Lotteriefonds von rund CHF 110'000 ausgegangen.

Die Personalkosten, welche durch den kantonsinternen Koordinationsaufwand und durch punktuelle Einsätze verwaltungsinterner Fachpersonen entstanden, übernahmen die jeweils zuständigen Direktionen bzw. die Staatskanzlei. Die Projektassistenz 40% wurde je zur Hälfte von der Polizei- und Militärdirektion und der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion finanziert.

3.4. Projekt Referendum und Bürgerinitiative

3.4.1. Zielsetzung

Das Ziel des Projekts „Referendum und Bürgerinitiative“ war die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine direkte Partizipation der Bulgarinnen und Bulgaren an politischen Prozessen durch die Vermittlung von schweizerischen Erfahrungen in den Bereichen Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie und Volksrechte. Der Wissens- und Erfahrungsaustausch sollte auf kommunaler bis nationaler Ebene sowohl in politischer als auch technischer Hinsicht stattfinden.

3.4.2. Eingesetzte Mittel

Für das Projekt „Referendum und Bürgerinitiative“ ergaben sich seit dem Jahr 2007 folgende Aufwendungen:

2007:	CHF 33'334
2008:	CHF 44'869
2009:	CHF 68'578
Total 2007-2009:	<u>CHF 146'781</u>

³ Der Saldo betrug am 31. Dezember 2009 CHF – 658 zugunsten des Kantons Bern.

⁴ Zu den Aufwendungen im Einzelnen, vgl. jeweils die Kapitel „Aktivitäten“ zu den einzelnen Bulgarienprojekten

3.4.3. Partner

Balkan Assist / Staatskanzlei des Kantons Bern / Stadt Bern / Gemeinde Jens / Bundeskanzlei / Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (bis 2007) / Universität Bern / Universität St. Kliment Ohridski und Neue Universität Sofia / Universität Stara Zagora / Universität Veliko Turnovo / Mitglieder des Nationalrats / Mitglieder der Bulgarischen Nationalversammlung / Verein politools Bern / Bulgarisches Nationalfernsehen BNT

3.4.4. Aktivitäten

Advocacy-Kampagne⁵ zum bulgarischen Gesetz über die direkte Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen und die lokale Selbstverwaltung

Im Jahr 2007 erarbeitete eine von Balkan Assist gegründete Arbeitsgruppe den ersten detaillierten Entwurf zu einem nationalen Gesetz zur Ausweitung der politischen Rechte und der direktdemokratischen Partizipation in Bulgarien. Der Entwurf wurde mittels parlamentarischer Initiative in der Nationalversammlung eingereicht und durch einer Radiokampagne bekannt gemacht.

Im Frühjahr 2008 beteiligten sich Mitarbeitende von Balkan Assist an der Überarbeitung des Gesetzesentwurfs durch die zuständigen parlamentarischen Kommissionen.⁶ Im März und Juni 2008 organisierte Balkan Assist Diskussionsrunden und Pressekonferenzen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und den Medien in den Städten Bourgas, Varna, Veliko Tarnovo, Smolyan, Stara Zagora und Montana. Als Reaktion auf die unbegründete Verzögerung der Behandlung der Gesetzesvorlage durch die Nationalversammlung organisierte sie zudem im Juni 2008 ein Treffen in Sofia mit über 40 Nichtregierungsorganisationen aus ganz Bulgarien. Durch eine entsprechende Medienberichterstattung und ein Schreiben von Balkan Assist an den Präsidenten der Nationalversammlung konnte die Zivilgesellschaft bewirken, dass die Nationalversammlung den Gesetzesentwurf am 4. Juli 2008 in der ersten Lesung verabschiedete.

Im Hinblick auf die zweite Lesung machte sich Balkan Assist gegen die Erhöhung der Unterschriftenzahlen für das Zustandekommen von Referenden und gegen zu hohe Quoren bei Volksabstimmungen stark. Balkan Assist organisierte hierzu Gespräche zwischen Mitgliedern des Regierungsrates des Kantons Bern und der bulgarischen Nationalversammlung, öffentliche Podiumsveranstaltungen, Pressekonferenzen und eine Diskussionsrunde im nationalen Fernsehen TV RE. Zudem wurden zwei schriftliche Appelle zuhanden der Mitglieder der Bulgarischen Nationalversammlung verfasst.

Am 29. Mai 2009 verabschiedete die Nationalversammlung schliesslich das Gesetz, jedoch mit Hürden, welche Volksabstimmungen mit einem gültigen Resultat praktisch verunmöglichen. Für das Zustandekommen eines fakultativen Referendums müssen bei 6.88 Mio. Stimmberechtigten 500'000 gültige Unterschriften eingereicht werden. Bei 200'000 Unterschriften entscheidet die Nationalversammlung, ob eine Volksabstimmung abgehalten wird oder nicht. Weiter sind die Resultate von Volksabstimmungen auf kommunaler und nationaler Ebene nur gültig, wenn die Stimmbeteiligung mindestens so hoch ist wie jene der letzten lokalen oder nationalen Parlamentswahlen. Infolge der unbegründeten Vermischung der Be-

⁵ Das Wörterbuch übersetzt Advocacy mit «eintreten für» und «Anwaltschaft». In der Entwicklungszusammenarbeit spricht man von Advocacy, wenn sich eine Entwicklungsagentur, beispielsweise die DEZA, Nichtregierungsorganisationen oder Interessensgruppen anwaltschaftlich für eine Sache einsetzen. Im Vordergrund stehen dabei die Bedürfnisse und Anliegen von benachteiligten und marginalisierten Ländern, Bevölkerungen oder Bevölkerungsgruppen. Dies kann ebenso für Menschenrechte und humanitäre Grundsätze, für Flüchtlinge, gegen Kinderhandel, für Fair Trade wie auch für die Formulierung von Politiken sein. Advocacy unterscheidet sich von Lobbying dadurch, dass Advocacy nicht im Eigeninteresse, sondern im Interesse benachteiligter Dritter geschieht. Advocacy schafft Inhalte und Bewusstsein, fördert Verständnis, sucht Lösungen und schafft – u.a. durch Allianzen und Networking – Raum, um sich auch auf internationaler Ebene durchsetzen zu können. (Eine Welt 1/2004, DEZA)

⁶ Beteiligt waren die Rechtskommission, die Kommission für lokale Selbstverwaltung, Regionalpolitik und Urbane Entwicklung und die Kommission für die Zivilgesellschaft und die Medien

teiligungen bei Wahl- und Abstimmungsgeschäften wird das Quorum bei nationalen Volksabstimmungen erst bei einer Stimmbeteiligung von 60.2% erreicht.

Balkan Assist strebt einen Abbau dieser Hürden an. Dafür ist eine Änderung des neuen Gesetzes notwendig. In diesem Zusammenhang publizierte Balkan Assist von Juli bis Oktober 2009 diverse Beiträge im Internet und in den Printmedien⁷, gab Radio- und TV-Interviews⁸ und organisierte in Sofia, Stara Zagora, Sandanski und Lovech Diskussionsrunden und Pressekonferenzen. Anlässlich eines Besuchs bei der Vorsitzenden der bulgarischen Nationalversammlung und in einem gemeinsam mit 14 anderen Organisationen verfassten Schreiben wies Balkan Assist auf ihr Anliegen hin.

Im Jahr 2010 werden die Inhalte des neuen Gesetzes über die direkte Bürgerbeteiligung und die lokale Selbstverwaltung in der Öffentlichkeit und in den Gemeinden weiter bekannt gemacht. Gleichzeitig wird eine nationale Volksinitiative zur Anpassung jener Artikel des Gesetzes vom 29. Mai 2009 lanciert, welche eine direkte Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen in der Praxis praktisch verunmöglichen. In diesem Zusammenhang fanden am 4. und 5. März 2010 in Bern Gespräche über Mechanismen zur Stärkung und Einschränkung von Volksrechten statt. An diesen Expertengesprächen nahmen unter anderem der Leiter der Sektion politische Rechte der Bundeskanzlei, eine Vertreterin der Universität Bern und die neue Direktorin von Balkan Assist und Leiterin der Gesetzesrevisionskampagne sowie zwei juristische Berater von Balkan Assist teil.

Unterstützung von konkreten Referenden und Bürgerinitiativen in Bulgarien

Parallel zu den Bestrebungen, die Instrumente des fakultativen Referendums und der Volksinitiative in der bulgarischen Gesetzgebung zu verankern, verbreitete Balkan Assist das Wissen über die Nutzung dieser Instrumente und beriet Gemeinden bei der Realisierung von lokalen Referenden bzw. Bürgerinitiativen. Dies geschah:

- 2007: in Kostodoy (radioaktive Abfälle) und in Ivanovo (Territorialadministration)
- 2008: in Bourgas und in Tsarevo (Gaspipeline), in Novi Khan (radioaktiven Abfälle), in Tzar Kaloyan und in Koubrat (Territorialadministration).
- 2009: in Bomorie und in Sosopol (Gaspipeline)

Im Jahr 2010 lancierte Balkan Assist die erste nationale Volksinitiative zu Anpassung des Gesetzes über die direkte Bürgerbeteiligung und lokale Selbstverwaltung (vgl. oben). Das Initiativ-Komitee wurde am 11. März 2010 gegründet.

Online-Wahlhilfe Koimipasva

Im Rahmen des Projekts wurde für die nationalen Parlamentswahlen bereits 2005 eine erste Version einer Online-Wahlhilfe erstellt, wie sie in der Schweiz unter "smartvote" bekannt ist. Im Hinblick auf die lokalen Wahlen in Sofia, Stara Zagora und Veliko Turnovo vom Oktober 2007 wurde die Wahlhilfe Koimipasva, in Zusammenarbeit mit dem Verein Politools aus Bern und den Universitäten der drei beteiligten bulgarischen Städte, angepasst.

Für die nationalen Parlamentswahlen in Bulgarien vom 5. Juli 2009 wurde eine neue Version mit neuem Design, einer grösseren Anzahl Fragen (30 Fragen zu 6 Bereichen), einem Online-Diskussionsforum sowie diversen Wahlanalysen erarbeitet.⁹ Balkan Assist präsentierte die neue Version von Koimipasva an Pressekonferenzen in Sofia, Montana und Blagoevgrad und machte mittels Informationsschreiben an Partnerorganisationen sowie Teasern und Links auf diversen Internetseiten (Wikipedia, NGOs, usw.) auf das Instrument aufmerksam. Die Online-Wahlhilfe steht für alle zukünftigen Wahlen zur Verfügung.

⁷ Zeitschrift des nationalen bulgarischen Gemeindeverbandes, Magazin Tema, Tageszeitung 24-Stunden

⁸ Nationalradio, Radio France International, Radio K2, TV Broadcast Europe, BBT, VTV

Wahl- und Abstimmungsbeobachtungen

Im November 2008 besuchte eine zehnköpfige Delegation – bestehend aus Mitgliedern der nationalen Wahlkommission und der Rechtskommission des bulgarischen Parlaments, Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreibern, Kommunikationsexpertinnen und zwei Vertreterinnen von Balkan Assist – den Kanton Bern, um die Volksabstimmung sowie die Stadt- und Gemeinderatswahlen in der Stadt Bern vom 30. November 2008 zu beobachten. Die Delegation lernte den Wahl- und Abstimmungsprozess in der Schweiz im Detail kennen, indem sie die verschiedenen Stationen¹⁰ besuchte. Zusätzlich führte die Delegation Gespräche mit sechs Nationalrätinnen und Nationalräten über den Einfluss der Mitbestimmungsrechte auf die politische Arbeit und besuchte eine Gemeindeversammlung in Jens. Die während des Besuchs im Kanton Bern gemachten Erfahrungen gab Balkan Assist anlässlich eines Treffens in Veliko Turnovo an verschiedene Partnerorganisationen¹¹ weiter. Zudem analysierten bulgarische Juristinnen und Juristen sowie Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber auf Initiative von Balkan Assist die Möglichkeiten einer Revision der bulgarischen Wahlgesetzgebung und kommunizierten die Resultate anlässlich von zwei Fernsehsendungen.

Im Februar 2009 drehte das Bulgarische Nationalfernsehen (BNT) eine TV-Reportage über direkt-demokratische Instrumente und Prozesse in der Schweiz. Der Dienst für Aussenbeziehungen unterstützte das Projekt durch die Vermittlung von Interviewpartnern. Im Mai 2009 drehte BNT im Rahmen des Projekts „Referendum“ zwei weitere ausführlichere TV-Reportagen über die Volksrechte in der Schweiz und in Bulgarien.

Seit Beginn der Bulgarienprojekte haben die Stadtschreiber bzw. Vize-Stadtschreiber von Bern, Biel und Thun mehrmals unentgeltlich Wahl- und Abstimmungsbeobachtungsdelegationen aus Bulgarien empfangen. Im Gegenzug beobachteten sie die nationalen Parlamentswahlen vom 5. Juli 2009 in Sofia und Smoljan. Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern des bulgarischen Gemeindeschreiberverbandes, der regionalen und nationalen Wahlkomitees und mit Balkan Assist dienten dem gegenseitigen Wissens- und Erfahrungsaustausch. Aus den Beobachtungen und Gesprächen ging eindeutig hervor, dass es in Bulgarien einer Stärkung des öffentlichen Vertrauens in den Wahl- und Abstimmungsprozess bedarf. Zudem stand eine technische Anpassung der Abstimmungsunterlagen zur Diskussion, um effiziente Volksabstimmungen über jeweils mehrere Vorlagen zu ermöglichen.

Im Jahr 2010 beobachteten zwei Dozenten für Verfassungsrecht der St. Kliment Ohridski Universität und der Neuen Bulgarischen Universität in Sofia, ein Rechtsberater, die neu gewählte Direktorin und zwei neue Vorstandsmitglieder von Balkan Assist die Volksabstimmung vom 7. März 2010. Fachgespräche mit Schweizer Expertinnen und Experten sowie die Beobachtung der Abstimmungsvorbereitung, der Stimmabgabe, des Auszählens und der Pressekonferenz über die kommunalen Vorlagen in der Stadt Bern erlaubten der Delegation einen Einblick in die Nutzung der Volksrechte sowie den Abstimmungsprozess in der Schweiz. Die gewonnenen Erkenntnisse werden in Bulgarien an den erwähnten Universitäten und von Balkan Assist weitervermittelt.

Veranstaltungen und Publikationen zum Thema direkte Demokratie

Zwecks Erhöhung des Wissensstands der bulgarischen Bevölkerung über die Möglichkeiten einer direkten Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen wurden im Rahmen des Projekts „Referendum und Bürgerinitiative“ mehrere Publikationen erstellt und verteilt sowie Informations- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt:

Im Jahr 2008 vertiefte Balkan Assist die Zusammenarbeit mit den Universitäten in Sofia und gründete einen Diskussionsklub für Dozierende und Studierende. Die Gruppe verfolgte die

⁹ www.koimipasva.bg

¹⁰ Briefverteilzentrum der Post, Wahllokale, Ausmittlungszentrum, Abstimmungszentrale der Staatskanzlei, Pressekonferenzen

¹¹ NGOs, Partnergemeinden, Gouverneur, Parlamentsabgeordnete und die Medien

Behandlung des Gesetzesentwurfs über die direkte Bürgerbeteiligung an Sitzungen der Rechtskommission bzw. der Nationalversammlung und führte eine Diskussion mit dem Vorsitzenden der Rechtskommission. Zur Intensivierung des Austausches erstellte Balkan Assist eine Online-Plattform für Studierende zum Thema Referenden.

Drei Mitglieder von Balkan Assist hielten im Oktober 2008 an der internationalen Konferenz über direkte Demokratie des „Initiative and Referendum Institute Europe (IRI)“ ein Referat über die Gesetzgebungsarbeiten zur Stärkung der Volksrechte in Bulgarien. Balkan Assist publizierte in der Folge eine Broschüre in bulgarischer Sprache über den an der Konferenz diskutierten Code of Good Practice on Referendums der Venedig-Kommission des Europarats.

Balkan Assist erstellte im Rahmen des Projekts verschiedene weitere Publikationen:

2008: Broschüre „Direkte Demokratie und Zivile Zusammenarbeit: Basiskonzepte und Begriffe“

2009: Broschüre „Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung – ein alphabetisches Verzeichnis über Grundkonzepte und -begriffe“.

2010: Buch über die verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung in der Schweiz und Bulgarien.

Diese Publikationen wurden bzw. werden an Nichtregierungsorganisationen, Mitglieder der Nationalversammlung, kommunale Verantwortungsträger, Schulen, Universitäten und Medienschaffende verteilt.

Zur Wissenssicherung und -verbreitung will Balkan Assist im Jahr 2010 ein Kompetenzzentrum für die Analyse und Umsetzung von direktdemokratischen Mitwirkungsrechten in Bulgarien gründen.

3.4.5. Resultate

Das Projekt „Referendum und Bürgerbeteiligung“ verbesserte die Rahmenbedingungen für eine direkte Partizipation der Bulgarinnen und Bulgaren an politischen Prozessen in folgender Hinsicht:

- Die lange Erfahrung der Schweiz und des Kantons Bern mit Volksrechten und direkter Demokratie konnte im Rahmen des Projekts an bulgarische Politikerinnen und Politiker, Fachpersonen, Dozierende und Studierende, Medienschaffende und Organisationen der Zivilgesellschaft weitergegeben werden. Dieser Wissens- und Erfahrungsaustausch fand auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene statt.
- Die Advocacy Kampagne führte zur Erarbeitung und Verabschiedung des bulgarischen Gesetzes über die direkte Bürgerbeteiligung und die lokale Selbstverwaltung. Dadurch wurden in Bulgarien die rechtlichen Grundlagen für nationale Referenden und Volksinitiativen geschaffen.
- Durch die Unterstützung von konkreten kommunalen Referenden und Bürgerinitiativen und durch die Lancierung der ersten nationalen Volksinitiative zur Teilrevision des Gesetzes vom 29. Mai 2009 wurde sichergestellt, dass das Referendums- und Initiativrecht in Bulgarien bekannt gemacht und in der Praxis angewendet wird.
- Durch die Beobachtung von Wahlen und Abstimmungen im Kanton Bern bekamen bulgarische Fachleute Hinweise für eine effizientere Durchführung von Wahlen und Abstimmungen. Auf der technischen Ebene interessierten insbesondere Kontrollmechanismen sowie die Gestaltung und Nutzung von Abstimmungsunterlagen und -hilfsmitteln, welche eine gleichzeitige Abstimmung zu mehreren Vorlagen sowie eine rasche und verlässliche Ausmittlung erlauben.
- Die Parteienlandschaft in Bulgarien ist sehr komplex und dynamisch. Durch die Erarbeitung und Aktualisierung der Online-Wahlhilfe Koimipasva leistete der Kanton Bern einen Beitrag zur Erhöhung der Transparenz bei nationalen und kommunalen Wahlen. Das Instrument steht für zukünftige Wahlen zur Verfügung.

- Durch das geplante Kompetenzzentrum für direkte Demokratie in Sofia soll sichergestellt werden, dass das Wissen in den Bereichen Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie und Volksrechte – welches sich Balkan Assist während der achtjährigen Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern angeeignet hat – auch in Zukunft zur Verfügung gestellt werden kann.

3.5. Projekt Raumentwicklung

3.5.1. Zielsetzung

Das Ziel des Projekts „Raumentwicklung“ war die Unterstützung von verschiedenen Akteuren auf nationaler und kommunaler Ebene bei der Entwicklung einer zeitgemässen, nachhaltigen Raumentwicklung in Bulgarien. Dazu gehörte einerseits der Wissens- und Erfahrungsaustausch zu rechtlichen Grundlagen, Instrumenten und vielversprechenden Projekten in den Bereichen Raumplanung, Stadtentwicklung und Umnutzungsprojekte und andererseits die Unterstützung von bulgarischen Gemeinden bei der Erarbeitung von konkreten Umnutzungsprojekten. Ein spezieller Fokus wurde auf die Bürgerbeteiligung an Prozessen der Raumentwicklung gelegt.

3.5.2. Eingesetzte Mittel

Für das Projekt „Raumentwicklung“ ergaben sich folgende Aufwendungen:

2007:	CHF 66'666
2008:	CHF 81'946
2009:	CHF 76'849
Total 2007-2009:	<u>CHF 225'461</u>

3.5.3. Partner

Balkan Assist / Bulgarisches Ministerium für Regionalentwicklung und öffentliche Bauten / Bulgarisches Ministerium für Kultur / DEZA (bis 2007) / Schweizer Botschaft / Englische Botschaft / Distrikts- und Gemeindebehörden von Blagoevgrad, Kardjali und Lovech / Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (bis 2007) / Regional Development Operational Program des Strukturfonds der EU / Universität für Architektur und Bau Sofia / Amt für Gemeinden und Raumordnung / Amt für Gebäude und Grundstücke / Tiefbauamt des Kantons Bern / beco / Stadt Bern / Stadt Thun / Stadt Burgdorf / Gemeinde Belp / Gemeinde Lovech / Gemeinde Kardjali / Distrikt Blagoevgrad (Gemeinden Simitli, Kresna und Razlog) / Lerch und Lang Architekten Bern

3.5.4. Aktivitäten

Erarbeitung von Umnutzungsprojekten in den Pilotgemeinden Lovech, Kardjali und Simitli-Kresna-Razlog (Distrikt Blagoevgrad)

Im Rahmen des Projekts „Raumentwicklung“ unterstützten der Kanton Bern und Balkan Assist fünf bulgarische Gemeinden bei der Erarbeitung von Konzepten zur Umnutzung brachliegender und durch Naturgefahren gefährdeter Areale. Dabei kam die von der DEZA erarbeitete Methode der Forenprozesse zur Anwendung.

Vom Juli bis Dezember 2007 entwickelten die Städte Lovech und Kardjali sowie die drei Gemeinden Simitli, Kresna und Razlog in jeweils drei von Balkan Assist organisierten, öf-

fentlichen Foren und in Zusammenarbeit mit dem bulgarischen Ministerium für Regionalentwicklung und öffentliche Bauten je eine Projektidee. Ausgewählt wurden die Projekte:

- Wiederherstellung und neue Nutzung des Stratesh Parks in Lovech
- Bau eines öffentlichen Parks auf einem brachliegenden Militärareal in Kardjali
- Bau von Hochwasserschutzanlagen und einer öffentlichen Parkanlage entlang des Flusses Struma in Simitli und Kresna

Fachexperten aus Bern nahmen im Juni 2007 an der 1. Forumssitzung in Kardjali teil und stellten ihr Wissen zur Verfügung. In Medienmitteilungen und Newslettern informierte Balkan Assist nach jeder Forumsveranstaltung über die Projektfortschritte und die Vorteile der Bürgerbeteiligung bei der Erarbeitung von Gemeindeprojekten.

Im ersten Halbjahr 2008 unterstützten Balkan Assist und Fachexperten aus dem Kanton Bern die drei neu gegründeten Projektteams bei der Ausarbeitung von ersten Projektkonzepten und -anträgen gemäss den Anforderungen des Fonds für regionale Entwicklung der EU. Gleichzeitig wurden Nutzungspläne erarbeitet und von den zuständigen Gemeindebehörden verabschiedet. Die Umsetzung der Projekte in Lovech und Kardjali wird durch Beiträge aus dem EU-Fonds für regionale Entwicklung finanziert. Das Projekt in Simitli-Kresna wird beim EU-Fonds für ländliche Entwicklung eingereicht werden.

Im zweiten Halbjahr 2008 wurde in Lovech ein kompletter Forumsprozess zur Regeneration eines türkischen Bades realisiert. Ein Umnutzungsvorschlag für das unter nationalem Denkmalschutz stehenden Gebäude wurde in Zusammenarbeit mit Vertretern des Ministeriums für Kultur und der Gemeinde erarbeitet. Für die Umsetzung des Projektvorschlags ist das Ministerium für Kultur zuständig.

Fachkonferenzen, Studienreisen und Workshops zu raumplanerischen Themen

Zur Unterstützung der oben beschriebenen Umnutzungsprojekte und zur Bekanntmachung der Prinzipien und Instrumente einer nachhaltigen Raumentwicklung in Bulgarien stellte der Kanton Bern das Wissen von Expertinnen und Experten an mehreren Anlässen in der Schweiz und Bulgarien zur Verfügung:

Im März 2008 stellten Mitarbeitende des Amtes für Gemeinden und Raumentwicklung, des beco und des Dienstes für Aussenbeziehungen an einem Seminar mit Gemeinde- und Distriktsvertreterinnen und -vertretern das Public Private Partnership Modell anhand des Beispiels des Selve Areals in Thun vor. Die Gemeinden Kardjali, Lovech, Kresna und Simitli präsentierten ihre im Rahmen der Forenprozesse erarbeiteten Umnutzungsprojekte. Die kantonalen Fachpersonen empfahlen den Gemeindevertretungen die Schaffung von Verpflegungs- und Freizeitangeboten, damit die Finanzierung des Unterhalts der geplanten Anlagen sichergestellt werden kann.

Im Winter 2008 realisierten ein Berater des bulgarischen Ministeriums für Regionalentwicklung und öffentliche Bauten, die (Vize-)Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister der vier Pilotgemeinden, drei mit den beschriebenen Projekten betraute Architekten, eine Journalistin des nationalen Architekturmagazins „Construction – the City“ und zwei Mitarbeitende von Balkan Assist eine Studienreise in den Kanton Bern. Die Delegation wurde in die Prioritätensetzung und die Berücksichtigung von Naturgefahren in der Raumplanung sowie in die Altlastensanierung eingeführt. Die Teilnehmenden besichtigten die Umnutzungsprojekte „Uni 2012 – Universitätsstadt Bern“ (Unitobler, von Roll, UniS) und „Kasernenareal“ (Quan Terra, Hochschule für Musik) in Bern, das Selve Areal in Thun, die Hochwasserschutzprojekte entlang der Aare bei Belp und in der Hunzigenau sowie die Bodenrecyclinganlage der Firma Ebiox in Kappelen. Die während der Studienreise gewonnenen Erkenntnisse wurden in den für Raum- und Stadtentwicklung spezialisierten bulgarischen Medien weiterverbreitet. Sie flossen zudem in den von Balkan Assist durchgeführten Weiterbildungskurs vom 25. Juni 2009 für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, kommunale Architektinnen und Architekten sowie Unternehmerinnen und Unternehmern ein.

Im März 2009 organisierte Balkan Assist in Zusammenarbeit mit der Fachzeitschrift „Construction – the City“ eine Tagung in Sofia zum Thema „Umnutzungsprojekte und nachhaltige Entwicklung“. Der Vorsteher der Abteilung Kantonsplanung des Amtes für Gemeinden und Raumordnung präsentierte die Grundprinzipien einer nachhaltigen Raumentwicklung sowie einige Projekte zur Umnutzung von Industriebrachen aus dem Kanton Bern. Im Anschluss organisierte Balkan Assist regionale Workshops, um dieses Thema zu vertiefen. Auf Wunsch der Workshop-Teilnehmenden fand im Oktober 2009 eine zweite Tagung mit über 60 Teilnehmenden statt, an der vier Referenten und eine Referentin aus dem Kanton Bern die Berücksichtigung von Naturgefahren in der schweizerischen Raumplanung und verschiedene Projekte zur Umnutzung von Industriearealen umsetzungsorientiert vorstellten.

Im August 2009 reiste die Journalistin des Magazins „Construction – the City“ und der Berater des Ministeriums für Raumentwicklung und öffentliche Bauten sowie zwei Mitarbeitende von Balkan Assist in den Kanton Bern. Sie wurden unter anderem in die städtische Denkmalpflege eingeführt. Die Delegation besuchte insgesamt 10 Umnutzungsprojekte in den Städten Bern (6), Biel (3) und Winterthur (1) sowie mehrere Projekte zum Schutz vor Naturgefahren in der Stadt Bern, in Brienz und in der Nähe von Burgdorf. Nach dem Besuch gab es Veröffentlichungen von mehreren Artikeln in der Fachzeitschrift „Construction – the City“, die Publikation von Projektblättern auf dem Internet und eine Posterausstellung in Sofia.

Im Mai 2010 nimmt ein Experte aus dem Kanton Bern an einer Raumplanungskonferenz in Sofia teil. Im Unterschied zu den Konferenzen im Jahr 2009 werden nicht Umnutzungsprojekte aus dem Kanton Bern, sondern solche aus Bulgarien im Mittelpunkt stehen. Damit kann ein wichtiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit des Kantons Bern an einem konkreten Beispiel deutlich sichtbar gemacht werden: Die Hilfe zur Selbsthilfe.

Im August 2010 wird eine Delegation aus jungen Fachpersonen aus den Bereichen Raumentwicklung, Städtebau und Architektur mehrere Umnutzungsprojekte im Kanton Bern besuchen.

Aufbau eines Online-Katalogs

Zur Bekanntmachung der Prinzipien und Möglichkeiten einer nachhaltigen Umnutzung von brachliegenden Gebäuden und Arealen erstellte Balkan Assist einen über eine interaktive Karte zugänglichen Online-Katalog mit konkreten Projektbeispielen aus Bulgarien.¹² Projektblätter zu Umnutzungsprojekten aus dem Kanton Bern und Grossbritannien wurden ebenfalls auf der neuen Website von Balkan Assist publiziert.¹³

Zur Erstellung der Internetseite arbeiteten der in das Projekt involvierte Berater des Ministeriums für Regionalentwicklung und öffentliche Bauten mit Studierenden der Universität für Architektur und Bau von Sofia zusammen. Die Arbeitsgruppe erhob im Jahr 2008 einen umfangreichen Datensatz über brachliegende Gebäude und Umnutzungsprojekte in den Distrikten Lovech, Kardjali und Blagoevgrad. Im Folgejahr wurden im Rahmen einer Studienreise in den Kanton Bern (vgl. oben) Informationen zu Umnutzungsprojekten in der Schweiz gesammelt.

Der Online-Katalog wurde im September 2009 in Sofia Fachleuten und Medienschaffenden präsentiert. Um die Themen „Umnutzung von brachliegenden Arealen und Gebäuden“ sowie „Prävention vor Naturgefahren in der Raumplanung“ einem breiteren Publikum bekannt zu machen, druckte und verteilte Balkan Assist zudem Kalender mit ausgewählten Projekten aus Bulgarien, Grossbritannien und dem Kanton Bern.

Im Jahr 2010 wird der neue Online-Katalog mit zusätzlichen Informationen und Projektbeispielen zu den Themen Instandstellung städtischer Gebiete, Umnutzung von ehemaligen

¹² www.balkanassist.bg/regenerations (besucht 11.03.2010)

¹³ www.balkanassist.bg/regenerations/search/page-1/countries_210 (besucht 11.03.2010)

Industrie- und Militärangebiet, Denkmalpflege, Naturgefahrenprävention und nachhaltige Tourismusentwicklung ergänzt. Die Website wird zudem unter Fachkreisen und in der Öffentlichkeit weiter bekannt gemacht.

Erarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der rechtlichen Raumplanungsgrundlagen

Im Jahr 2010 wird eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Balkan Assist die bulgarischen, rechtlichen Raumplanungsgrundlagen auf nationaler Ebene analysieren und politische Vorstösse zur besseren Integration der Prinzipien einer nachhaltigen Raumentwicklung erarbeiten.

3.5.5. Resultate

Das Projekt Raumentwicklung trug wie folgt zur Entwicklung einer zeitgemässen, nachhaltigen Raumentwicklung in Bulgarien bei:

- Bulgarische Fachleute sowie Politikerinnen und Politiker sammelten durch den Austausch mit Schweizer Expertinnen und Experten wertvolle Erfahrungen für die Revision der rechtlichen Grundlagen zur Raumentwicklung in Bulgarien. Bis Ende 2010 sollen auf nationaler Ebene konkrete Gesetzesrevisionsvorschläge vorliegen.
- Die Gemeinden Lovech, Kardjali, Simitli und Kresna erarbeiteten in enger Zusammenarbeit mit Balkan Assist konkrete Projekte zur Umnutzung von brachliegenden Arealen. Die bulgarischen Projektpartner lernten dabei die Vorteile der Bürgerbeteiligung, wichtige Nachhaltigkeitsaspekte und die Projektanforderungen der Entwicklungsprogramme der Europäischen Union in der Praxis kennen. Die Projekte in Lovech und Kardjali werden mit Beiträgen aus dem EU-Fonds für regionale Entwicklung umgesetzt. Die in den vier Gemeinden gemachten Erfahrungen wurden mittels Fachkonferenzen, Workshops sowie Publikationen im Internet, Fachzeitschriften und Newslettern weiter verbreitet.
- Bulgarische Fachleute aus dem Ministerium für Raumentwicklung und verschiedenen Gemeinden wurden in die Berücksichtigung von Naturgefahren in der Raumplanung eingeführt und lernten diverse Hochwasserschutzprojekte in der Schweiz kennen.
- Die Prinzipien und Möglichkeiten der nachhaltigen Umnutzung brachliegender Gebäude und Areale werden – auch nach Projektabschluss – anhand von guten Beispielen („Best Practices“) auf dem Internet bekanntgemacht.
- Durch die Zusammenarbeit mit dem bulgarischen Ministerium für Raumentwicklung und öffentliche Bauten, dem Ministerium für Kultur und der Universität für Bau und Architektur in Sofia wurde sichergestellt, dass das Thema der nachhaltigen Raumentwicklung in den Ministerien und an Hochschulen besser bekannt wird.

3.6. Projekt Bevölkerungsschutz und Sanitätsmaterial

3.6.1. Zielsetzung

Das Ziel des Projekts „Bevölkerungsschutz und Sanitätsmaterial“ war die Ausrüstung und Ausbildung von Einheiten des bulgarischen Zivilschutzes und Partnerorganisationen des Bulgarischen Roten Kreuzes.

3.6.2. Eingesetzte Mittel

Für das Projekt „Bevölkerungsschutz und Sanitätsmaterial“ ergaben sich folgende Aufwendungen:

2007:	CHF 123'416
2008:	CHF 16'157
2009:	CHF 5'235
Total 2007-2009:	<u>CHF 144'808</u>

3.6.3. Partner

Balkan Assist / Logistikkbasis der Armee / Eidgenössisches Departement für Verteidigung / Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) / DEZA / Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär (BSM) / Tiefbauamt / Bulgarisches Ministerium für Katastrophen und Notfallsituationen / Bulgarisches Rotes Kreuz / Zivilschutzdirektionen Pleven, Veliko Turnovo und Stara Zagora / Gemeinde Lukovit

3.6.4. Aktivitäten

Lieferung von Sanitätsmaterial und Einrichtungen

Anfangs 2007 lieferte der Kanton Bern sanitätsdienstliches Material und Einrichtungen aus aufgelösten Sanitätsposten des Zivilschutzes an die Gemeinde Lukovit, den Spitalverband Stara Planina und das regionale Komitee des Roten Kreuzes von Kardjali. Es handelte sich unter anderem um Sterilisationsanlagen, sanitätsdienstliches Mobiliar und Verbandsmaterial.

Wegen Änderungen in der bulgarischen Gesetzgebung im Zusammenhang mit dem Beitritt Bulgariens zur EU konnte eine ebenfalls für das Jahr 2007 geplante, grössere Lieferung von Sanitätsmaterial nicht nach Bulgarien geliefert werden. Die Materialmenge und die strikten Einfuhrbestimmungen der EU verunmöglichten direkte Lieferungen etwa an lokale Spitäler, Alters- und Kinderheime und machte eine Zusammenarbeit mit dem Bulgarischen Roten Kreuz (BRK) unumgänglich.

Der Dienst für Aussenbeziehungen nahm 2008 entsprechende Verhandlungen mit dem BRK auf. Im März 2008 fand in Sofia eine Aussprache zwischen der Leitung des BRK und dem Polizei- und Militärdirektor des Kantons Bern statt. Trotz dieses Treffens und der anschließenden telefonischen und schriftlichen Nachfragen seitens des Dienstes für Aussenbeziehungen konnte sich das BRK nicht festlegen, ob und wann es das Sanitätsmaterial in Empfang nehmen und weiterverteilen könnte. Aus diesem Grund wurden die betroffenen Güter an das Projekt Weiterverwendung Armeematerial (WAM) der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) übergeben. Das Material wurde in Tadjikistan und in der Demokratischen Republik Kongo gemäss den Richtlinien WAM sinnvoll weiterverwendet.

Im November 2008 lieferte der Kanton Bern drei Sanitätspinzgauer an das BRK in Kardjali. Aufgrund neuer EU Bestimmungen mussten die Fahrzeuge für die Strassenverkehrszulassung einer umfassenden Prüfung unterzogen werden. Die Ambulanzen wurden vereinbarungskonform lackiert und stehen nun dem Notfallzentrum und dem Roten Kreuz in Kardjali zur Verfügung.

Lieferung von Zivilschutzmaterial

Im Jahr 2007 erhielten die regionalen Zivilschutzdirektionen von Pleven, Veliko Turnovo und Stara Zagora diverse Fahrzeuge,¹⁴ 15 Stromaggregate und 11 Kompressoren aus Bestän-

¹⁴ Sechs Saurer/Berna 2DM, sechs Steyer-Puch Pinzgauer, ein Werkstattanhängen

den der Schweizer Armee sowie weiteres Zivilschutzmaterial.¹⁵ Der Wert der Lieferung wurde auf CHF 500'000 geschätzt. Unter Beizug von Spezialisten aus dem Kanton Bern und aus Kardjali führte der bulgarische Zivilschutz entsprechende Instruktionen durch. Im Herbst 2008 besuchten Zivilschutzexperten aus dem Kanton Bern die begünstigten regionalen Zivilschutzdirektionen. Dabei zeigte sich, dass das gelieferte Material in Veliko Turnovo und Stara Zagora im Einsatz stand und den lokalen Bedürfnissen angepasst worden war. In Plevnen war dies jedoch nicht der Fall. Der Polizei- und Militärdirektor empfahl deshalb der Ministerin für Notfallsituationen schriftlich, das in Plevnen gelagerte Material aus dem Kanton Bern einer anderen Zivilschutzeinheit zu übertragen.

Im März 2008 fand ein Treffen in Sofia zwischen dem Vizeminister für Katastrophenlagen, dem Leiter des bulgarischen Zivilschutzes, dem Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor und einem Vertreter des Amtes für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär statt. Vom Angebot einer Zusammenarbeit in der Ausbildung im Bereich Bevölkerungsschutz machte das Ministerium keinen Gebrauch.

Der Beitritt Bulgariens zur EU ging mit verschärften Ein- bzw. Ausfuhrbestimmungen für Fahrzeuge und Zivilschutzmaterial einher. Im Juni 2008 fand in Bern ein Treffen mit dem damaligen Vize-Finanzminister Bulgariens, dem EU-Botschafter in der Schweiz und der DEZA statt. Die Gespräche zeigten, dass eine Lockerung der Einfuhrbestimmungen für die Lieferungen von Zivilschutzmaterial sehr schwierig ist.

Die Lieferungen von Zivilschutz- und Sanitätsmaterial wurden Ende 2008, aufgrund der erschwerten Einfuhrbestimmungen, offiziell eingestellt. Die dadurch frei werdenden Mittel wurden teilweise in den Projekten „Referendum und Bürgerinitiative“ und „Raumentwicklung“ eingesetzt. Der Rest von rund CHF 110'000 verbleibt beim Lotteriefonds.

3.6.5. Resultate

Das Projekt „Bevölkerungsschutz und Sanitätsmaterial“ trug zur Verbesserung von Infrastrukturen und Ressourcen in den Bereichen Bevölkerungsschutz und Sanität bei:

- Zivilschutz- und Sanitätsmaterial, welches in der Schweiz aufgrund der Reorganisation des Zivilschutzes frei wurde, konnte sinnvoll weiterverwendet werden.
- Inspektionen und Gespräche in Bulgarien haben gezeigt, dass das nach Bulgarien transportierte Material, insbesondere bei Überschwemmungen und starken Schneefällen, zum Einsatz kommt.

3.7. Ergebnisse der Zusammenarbeit mit Bulgarien und Ausblick

Die Schweiz verfügt in den Bereichen Volksrechte und direkte Demokratie, nachhaltige Raumentwicklung sowie Bevölkerungs- und Zivilschutz über eine langjährige Erfahrung. Im Zentrum der Zusammenarbeit mit Bulgarien stand deshalb der Know-How-Austausch auf verschiedenen Ebenen. Partner waren auf bulgarischer Seite je nach Projektaktivität Akteure auf regionaler, lokaler oder nationaler Ebene. Auf schweizerischer Seite arbeitete der Kanton Bern entsprechend den Bedürfnissen und Kompetenzen auch mit Berner Gemeinden sowie Bundesbehörden zusammen. Durch ein abgestimmtes Vorgehen aller politischen Ebenen konnte der Kanton Bern bei der Realisierung von drei eigenen Projekten in Bulgarien – in Zusammenarbeit mit Balkan Assist – die Möglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit erweitern und optimieren. Das Know-How des Kantons Bern in diesem Politikbereich konnte dank der Bulgarienprojekte in den letzten zehn Jahren deutlich erhöht werden.

Die Weiterführung der Bulgarienprojekte von 2007 bis 2010 haben dem Verein Balkan Assist und seinen Partnerorganisationen geholfen, den Unterbruch der Entwicklungszusam-

¹⁵ Werkzeugkoffern, Tauchpumpen, Bohrhämmer, Arbeitskleider, div. Gerät, Tragbahnen, usw.

menarbeit durch die Schweizer Eidgenossenschaft zu überbrücken. Die DEZA beendete 2007 ihre Transitionshilfe in Bulgarien. Der Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in Rumänien und Bulgarien wurde jedoch erst im Winter 2009 von den eidgenössischen Räten verabschiedet. Ab 2011 werden voraussichtlich die ersten Projekte mit Mitteln aus dem EU-Erweiterungsfonds der Schweiz für Bulgarien (CHF 76 Mio.) finanziert werden können. Gemäss Aussagen der DEZA wird eine Unterstützung von Gemeindepartnerschaften und Projekten zur Stärkung der Zivilgesellschaft im Umwelt- und Sozialbereich im Rahmen dieses Erweiterungsbeitrags möglich sein. Erste vielversprechende Gespräche über eine mögliche zukünftige Zusammenarbeit zwischen der DEZA und Balkan Assist fanden im März 2010 statt. Der Kanton Bern konnte sich somit in der zweiten Hälfte der Realisierung der eigenen Entwicklungsprojekte auch gegenüber dem Bund als verlässlicher Partner profilieren.

Der Kanton Bern blickt auf eine achtjährige enge Zusammenarbeit mit Bulgarien zurück und zieht eine positive Bilanz. Zu den wichtigsten Ergebnissen zählen die Einführung des nationalen Referendums und der Volksinitiative in Bulgarien, die Stärkung der bulgarischen Raumplanung als Voraussetzung für die Nutzung der Strukturprogramme der EU und die sinnvolle Weiterverwendung von Zivilschutz- und Sanitätsmaterial. Im Hinblick auf die beträchtlichen Entwicklungsfortschritte Bulgariens in den letzten Jahren und die durch den EU Beitritt neu eröffneten Perspektiven beendet der Kanton Bern seine Bulgarienprojekte auf Ende 2010. Der Kanton Bern hat mit Bulgarien nachhaltige Beziehungen aufgebaut.

Überblick über die für die Bulgarienprojekte eingesetzten Mittel 2002 - 2009:

Projektbezeichnung	2002-2006	2007-2009	Total 2002-2009
Referendum und Bürgerinitiative	92'548	146'781	239'329
Raumentwicklung	120'950	225'461	346'411
Bevölkerungsschutz/ Sanitätsmaterial	166'046	144'808	310'854
Alle Projekte	379'544	517'050	896'594

4. Interkantonale Zusammenarbeit in der Entwicklungszusammenarbeit

4.1. Treffen der kantonalen Entwicklungshilfebeauftragten

Seit 2005 treffen sich die Entwicklungshilfebeauftragten der Kantone Bern, Freiburg, Genf und Jura regelmässig, um ihre Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit auszutauschen. Im Rahmen dieser Treffen werden weiterführende Überlegungen zur Rolle und zu den Besonderheiten der kantonalen Entwicklungszusammenarbeit, zu den Möglichkeiten eines koordinierteren Vorgehens der Kantone und zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit der DEZA gemacht. Die dabei erzielten Resultate werden anlässlich jährlich stattfindender Treffen mit kantonalen Regierungsmitgliedern und dem Direktor der DEZA diskutiert. Bisher haben drei solche Konferenzen stattgefunden.

4.2. Diskussionsplattform DEZA-Kantone

Am 13. August 2007 beschlossen Vertreterinnen und Vertreter der Kantone Bern, Freiburg, Genf und Jura sowie der Direktor der DEZA, zur Vereinfachung und Institutionalisierung der Kooperation zwischen der DEZA und den Kantonen eine Diskussions-Plattform zu schaffen. Für Bosnien-Herzegowina sollte im Rahmen eines Pilotprojekts ein gemeinsames Vorgehen der DEZA mit den am Treffen beteiligten Kantonen definiert werden, um die Verbindung der Diskussions-Plattform mit der Praxis herzustellen.

Das erste Treffen der Plattform fand am 16. November 2007 in Delémont statt. Die Veranstaltung diente dem gegenseitigen Informationsaustausch über kantonale Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der Klärung von Grundsatzfragen zum geplanten gemeinsamen Projekt in Bosnien-Herzegowina.

Am zweiten Treffen vom 30. Oktober 2008 in Freiburg informierte der neue Direktor der DEZA über die Reorganisation seiner Direktion. Der neue Fachbereich „Institutionelle Partnerschaften“ wurde vorgestellt. Die vier Kantone Bern, Freiburg, Genf und Jura präsentierten zudem die Resultate der Abklärungsreise nach Bosnien-Herzegowina, welche im Oktober 2008 gemeinsam mit der DEZA durchgeführten worden war.

Das dritte Treffen fand am 13. November 2009 in Bellinzona statt. Im Zentrum der Diskussion standen die Rollen der Kantone im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und die Stärkung der Kooperation mit der DEZA. Die dabei erzielten Ergebnisse verdeutlichen eindrucksvoll die heute erreichte Qualität des Austausches zwischen der DEZA und den beteiligten Kantonen einerseits sowie der interkantonalen Zusammenarbeit im Politikbereich der Entwicklungszusammenarbeit andererseits:

- Grundsätzlich ist die Zusammenarbeit zwischen der DEZA und den Kantonen als Ergänzung zu anderen Formen der Zusammenarbeit und nicht als Konkurrenz zu verstehen. Analog dem Modell der Bulgarienprojekten des Kantons Bern, soll jede Ebene (Bund-Kantone-Gemeinden) ihre spezifischen Kompetenzen und ihr Wissen zum Nutzen der Projekte einbringen können.
- Zu den Stärken der Kantone gehört insbesondere die Nähe zu Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen, zu Gemeinden und zur Zivilgesellschaft. Die Kantone spielen beim Zugang zu spezifischem Know-How und bei der Sensibilisierung über entwicklungspolitische Fragestellungen dank der Nähe zu ihren Bevölkerungen und dem direkten Zugang zu den Gemeinden eine zentrale Rolle.
- Durch eine engere Zusammenarbeit zwischen der DEZA (Vermittlung von Expertise und Kontakten) und der Kantone (Zur Verfügung stellen von spezifischem Know-How) können beide Partner die Nachhaltigkeit ihrer Projekte besser absichern.
- Die Kantone befinden sich mittlerweile beim Übergang von thematisch und/oder geographisch fokussierten, eigenen Entwicklungshilfeprojekten hin zu (inter)kantonalen Strategien, welche die jeweiligen komparativen Vorteile gezielt ins Spiel bringen können.
- Auf eine Formalisierung der Plattform DEZA-Kantone soll vorerst verzichtet werden, damit der informelle Austausch verstärkt und eine Politisierung der Fachfragen vermieden werden kann. Angestrebt wird aber eine Beteiligung von zusätzlichen Kantonen, insbesondere aus dem deutschsprachigen Landesteil.

Deshalb wird die vierte Konferenz zwischen der DEZA und den Kantonen voraussichtlich im November 2010 in St. Gallen stattfinden.

4.3. Interkantonales Psychiatrieprojekt in Bosnien-Herzegowina

Im Rahmen der regelmässig stattfindenden Treffen der Entwicklungshilfedelegierten erarbeiteten die Kantone Bern, Freiburg, Genf und Jura in Zusammenarbeit mit der DEZA den Vorschlag, in Bosnien-Herzegowina ein interkantonales Entwicklungsprojekt zu realisieren, welches Teil eines grösseren DEZA-Projekts ist. Es handelt sich dabei um ein erstes konkretes Projekt, das von mehreren Kantonen und der DEZA gemeinsam realisiert werden soll. Durch das koordinierte Vorgehen im Sinne der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der internationalen Entwicklungszusammenarbeit¹⁶ sollen sich sowohl die Kantone als auch die DEZA in das Projekt einbringen können.

¹⁶ <http://www.oecd.org/dataoecd/37/39/35023537.pdf> (besucht am 15.03.2010)

Ende 2007 ersuchten die Gesundheitsministerien der Föderation Bosnien-Herzegowina und der Republika Srpska die Schweiz um Unterstützung bei der angestrebten Reform des Psychiatriesektors in ihrem Land. Dieser Sektor soll auf EU-Niveau gehoben werden, was ein ambitioniertes Ziel ist. Die DEZA und die Kantone beschlossen, die Idee eines gemeinsamen Psychiatrieprojekts in Bosnien-Herzegowina zu konkretisieren. Um die Teilnahme des Kantons Bern an den notwendigen Abklärungs- und Planungsarbeiten zu ermöglichen, verfügte der Polizei- und Militärdirektor des Kantons Bern am 12. September 2008 einen Beitrag in der Höhe von CHF 10'000 aus dem Lotteriefonds.

Für die Abklärung der Rahmenbedingungen und der Bedürfnisse vor Ort reiste eine Gruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der DEZA und der vier Kantone im Oktober 2008 nach Bosnien-Herzegowina (Fact Finding Mission). Die Besichtigungen von psychiatrischen Abteilungen medizinischer Zentren sowie die vertieften Gespräche und diversen Verhandlungen mit Vertreterinnen und Vertretern des Kooperationsbüros der DEZA in Sarajewo, den zwei Gesundheitsministerien, Nichtregierungsorganisationen und weiteren potentiellen Partnerorganisationen lieferten folgende Hauptresultate:

- Psychische Störungen und Erkrankungen sind in Bosnien-Herzegowina – häufig als direkte Folge des Krieges in den 1990er Jahren – weit verbreitet, insbesondere unter Jugendlichen und Drogenabhängigen.
- Zur Verbesserung der Situation sollen, in enger Koordination mit dem kommunalen Gesundheitswesen und den Sozialdiensten, Angebote entwickelt werden, die es erlauben, Patientinnen und Patienten wieder in ihr soziales Umfeld zu integrieren.
- Wichtige Reformen des Psychiatriesektors sind in Bosnien-Herzegowina bereits gestartet worden. Mit internationaler Hilfe wurden qualitativ gute Strategiepapiere (Policies) erarbeitet. Diese müssen nun jedoch in der Praxis umgesetzt werden.
- Im Psychiatriebereich existiert der Handlungsbedarf insbesondere in den Bereichen der Ausbildung und Weiterbildung von Fachpersonal (insbesondere von Pflegefachleuten), des Managements¹⁷ und der Sensibilisierung der Bevölkerung. Daneben fehlt es zum Teil an spezialisierter Infrastruktur wie Tageszentren, Wohngruppen, usw.

Von Januar 2008 bis März 2009 führten die Gesundheitsministerien der Föderation Bosnien-Herzegowina und der Republika Srpska eine detaillierte Lageanalyse über den Psychiatriesektor in ihrem Land durch. Auf der Basis der Resultate dieser Studie und jener der Fact Finding Mission erarbeiteten zwei Expertinnen im Auftrag des Kooperationsbüros der DEZA in Sarajewo bis Ende Mai 2009 ein erstes Projektkonzept.¹⁸

Das Projektkonzept sieht folgende Zielstruktur vor (Stand März 2010):

Übergeordnetes Ziel:	Verbesserte, generelle mentale Gesundheit der Bevölkerung sowie verbesserte Fähigkeiten der zuständigen Entscheidungsträger und Institutionen zur Erreichung von EU-Standards im Bereich der mentalen Gesundheit in Bosnien-Herzegowina.
Projektziel 1:	Verbesserte administrative und rechtliche Rahmenbedingungen sollen effizientere Prozesse im Bereich der mentalen Gesundheit ermöglichen.
Projektziel 2:	Personen mit psychischen Problemen sollen Zugang zu verbesserten Dienstleistungen auf kommunaler Ebene haben.
Projektziel 3:	Gestärkte Managementstrukturen kommunaler Gesundheitszentren sollen die Zurverfügungstellung von qualitativ hochstehenden Dienstleistungen im Psychiatriebereich erlauben.
Projektziel 4:	Ausgebaute Fähigkeiten und Know-How sollen den Kampf gegen die Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen mit psychischen Störungen erleichtern.

¹⁷ Personalmanagement, Supervision, Jahrespläne, Pflichtenhefte, Finanzierungsmechanismen, institutionalisierte Zusammenarbeit mit Sozialdiensten und dem Bildungssektor, Monitoring, etc.

¹⁸ SDC, Swiss Cooperation Office in Bosnia and Herzegovina (May 2009): Mental Health Project in BiH: Project Concept.

Der Projektbeitrag der Kantone besteht im Aufbau eines Expertenpools, auf den gemäss den Bedürfnissen der bosnischen Partnerorganisationen zugegriffen werden kann. Über den Pool soll ein Wissens- und Erfahrungsaustausch in den Bereichen Management, Psychiatrie-Sozialdienste-Bildung und Kampagnenarbeit ermöglicht werden. Für das interkantonale Teilprojekt sollen für die Projektphase 1 (2010-2012/13) rund CHF 200'000 pro Jahr zur Verfügung stehen.

Am 4. Juni 2009 verabschiedete die DEZA den Eintretensantrag für das Psychiatrieprojekt mit einem Kredit von CHF 178'000 und einer Laufzeit von Juli 2009 bis März 2010 (verlängert bis Mai 2010). Das Gesamtbudget von CHF 3'000'000 für die Projektphase I (2010-2012/13) soll bewilligt werden, sobald das detaillierte Projektdokument vorliegt.

Der Regierungsrat des Kantons Bern sprach sich am 21. Oktober 2009 grundsätzlich für eine Teilnahme am Projekt aus (RRB 1774). Unter Vorbehalt der Unterzeichnung der Projektvereinbarung mit der DEZA, beauftragte er die betroffenen Direktionen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Fachkräfte für den geplanten Expertenpool zur Verfügung zu stellen. Unter derselben Voraussetzung wurde die Staatskanzlei beauftragt, beim Lotteriefonds für die Projektphase I einen Rahmenkredit in der Höhe von CHF 180'000 zu beantragen.

Von Oktober bis Ende 2009 wurde die Organisationsstruktur des Gesamtprojekts aufgebaut: Die Steuerung des Projekts obliegt einem Ausschuss, in dem das Ministerium für zivile Angelegenheiten des Gesamtstaates Bosnien-Herzegowina, das Ministerium für Gesundheit und soziale Sicherheit der Republika Srpska, das Gesundheitsministerium der Föderation Bosnien-Herzegowina, der Distrikt Brčko, die DEZA und die Kantone mit je einer Stimme vertreten sind. Die Projektinhalte werden in zwei regionalen Arbeitsgruppen erarbeitet, in denen Fachpersonen aus den zuständigen Ministerien sowie aus Gesundheitszentren und Kliniken vertreten sind. Die bosnische Nichtregierungsorganisation „Partnerships in Health“ erhielt nach einer öffentlichen Ausschreibung den Zuschlag für die Gesamtprojektkoordination während der Vorbereitungsphase.

Die Steuerung des interkantonalen Teilprojekts obliegt den Entwicklungshilfebeauftragten der Kantone Bern, Freiburg, Genf und Jura. Der Service de la coopération du canton de Jura übernimmt die kantonsübergreifend anfallenden Koordinationsaufgaben.

Im Dezember 2009 reisten die für die Koordination des Bosnienprojekts zuständigen Vertreterinnen und Vertreter der Kantone nach Sarajewo, um an der ersten Sitzung der Steuerungsgruppe teilzunehmen. In einem gemeinsamen Treffen mit den zwei regionalen Arbeitsgruppen wurden die Erwartungen an den interkantonalen Expertenpool diskutiert.

Bis Ende Januar 2010 meldeten die Gesundheits- und Fürsorgedirektion, die Erziehungsdirektion und die Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern der Staatskanzlei mögliche Partnerorganisationen für den Aufbau des Expertenpools. Folgende Institutionen zeigten Ende Februar / Anfang März 2010 grundsätzliches Interesse an einer Unterstützung des Psychiatrieprojekts:

- Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern
- Berner Fachhochschule
- Universitäre Psychiatrische Dienste Bern
- Psychiatriezentrum Münsingen
- Services psychiatriques Jura bernois - Biel-Seeland
- Berner Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt

Im Sommer 2010 werden dem Regierungsrat das detaillierte Projektkonzept und die Projektvereinbarung zwischen der DEZA und den Kantonen voraussichtlich vorgelegt werden können. Die Verabschiedung dieser Dokumente ist gemäss RRB 1774 vom 21. Oktober 2009 die Voraussetzung für eine Beteiligung des Kantons Bern an der ersten Projektphase.

Im Herbst 2010 ist in Bern ein Workshop geplant, damit die bosnische Nachfrage und die interkantonalen Angebote (Experten-Pool) aufeinander abgestimmt werden können.

5. Finanzielle Beiträge an Entwicklungshilfeorganisationen

Neben den eigenen Entwicklungshilfe-Projekten des Dienstes für Aussenbeziehungen und der Teilnahme an Bestrebungen zur Stärkung der interkantonalen Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt der Kanton Bern verschiedene nicht-staatliche Entwicklungshilfeorganisationen durch finanzielle Beiträge aus dem Lotteriefonds.

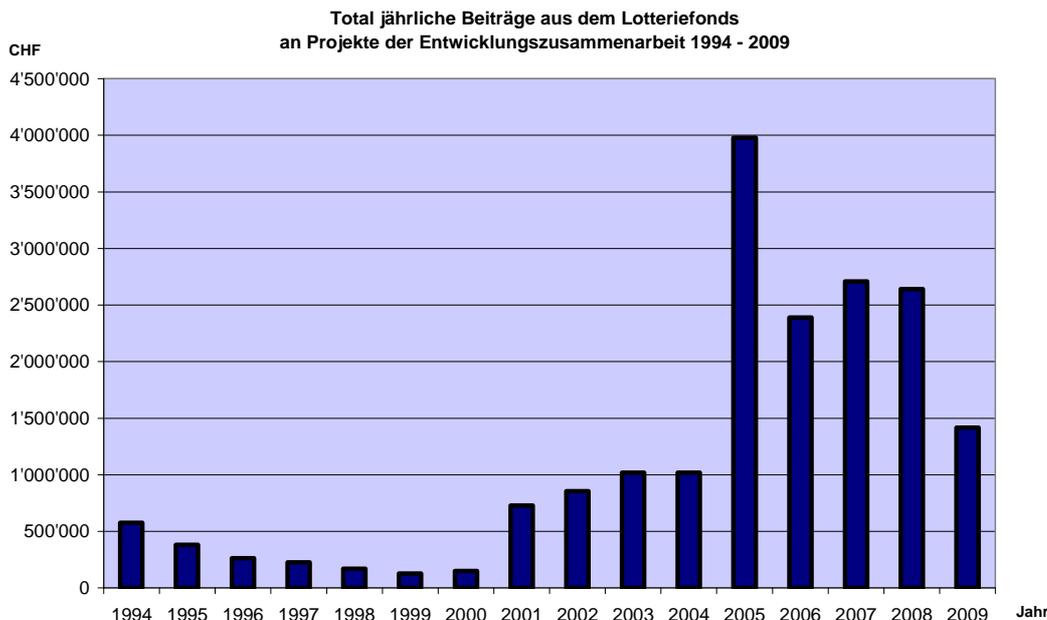
Lotteriefondsmittel sind gemäss dem Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbmässigen Wetten vom 8. Juni 1923 (SR 935.51) gemeinnützig und/oder wohltätig einzusetzen. Gemäss Art. 46 Abs. 2 Bst. g des kantonalen Lotterieggesetzes vom 4. Mai 1993 (LG; BSG 935.52) verfügt der Lotteriefonds des Kantons Bern über den Zuwendungsbereich Entwicklungshilfe. Schon seit vielen Jahren unterstützt der Lotteriefonds Projekte von Entwicklungsorganisationen.

Inhaltlich geht es bei diesen Projekten grundsätzlich um Hilfe zur Selbsthilfe. Die Begünstigten sollen in die Lage versetzt werden, auch nach Abschluss der jeweiligen Projekte ihre Lebenssituation zu verbessern. Unterstützt werden unter anderem Projekte in den Bereichen Gesundheit, Bildung, soziale Integration, Friedensförderung, Menschenrechte, Bürgerbeteiligung sowie Umwelt und natürliche Ressourcen. Ein breites Spektrum von Hilfsorganisationen soll berücksichtigt werden. Die Hilfe soll in alle Kontinente fliessen.

Die Gesuchsteller reichen jeweils Anfang Jahr Gesuche zur Unterstützung neuer Projekte ein. Die Projekte müssen in Entwicklungs- bzw. Transitionsländern umgesetzt werden. Nur die im Ausland entstehenden Kosten sind beitragsberechtigt. Beiträge an Verwaltungskosten sind nicht zulässig. An die Projektkosten leistet der Lotteriefonds in der Regel einen Beitrag von maximal 40 Prozent, höchstens aber CHF 200'000 pro Gesuch und Gesuchsteller. Um die Qualität der unterstützten Projekte sicherstellen zu können, müssen die Gesuchsteller eine ZEWO-Zertifizierung vorweisen oder eine laufende oder kürzlich erst beendete Zusammenarbeit mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) belegen können.

Die Gesuche für Beiträge bis CHF 20'000 werden dem Polizei- und Militärdirektor und jene für Beiträge zwischen CHF 20'000 und CHF 200'000 dem Regierungsrat einmal jährlich in Form eines Sammelbeschlusses zur Genehmigung unterbreitet. Die Beiträge werden nach Beschlussfassung umgehend an die Beitragsberechtigten ausbezahlt. Nach Abschluss der Arbeiten müssen die begünstigten Organisationen einen Rechenschaftsbericht einreichen. Wenn die Projekte längerfristig angelegt sind, sind jährliche Zwischenberichte zu erstellen.

Das unten stehende Diagramm zeigt die Entwicklung der totalen jährlichen Beiträge aus dem Lotteriefonds an Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in den Jahren 1994 bis 2009:



Gegen Ende der 90er Jahre wurde die Unterstützung der Entwicklungshilfeorganisationen fast eingestellt, weil der Lotteriefonds saniert werden musste. Nach der Jahrtausendwende wurde die Unterstützung wieder ausgebaut. Im Jahr 2005 erreichte der Zuwendungsbereich der Entwicklungshilfe mit 10 Prozent der Jahreseinnahmen des Lotteriefonds einen absoluten Höhepunkt, weil festgestellt worden war, dass der Kanton Bern im interkantonalen Vergleich auf den hintersten Rängen platziert war und dies korrigiert werden sollte. In den folgenden Jahren wurden jeweils 5 Prozent der Jahreseinnahmen des Lotteriefonds für die Entwicklungszusammenarbeit bzw. Transitionshilfe eingesetzt. Im Jahr 2009 sank die Unterstützung wieder merklich: Es war entschieden worden, dass nur noch Gesuche von Organisationen mit Sitz im Kanton Bern berücksichtigt werden sollten.

6. Fazit und Ausblick

In der Legislaturperiode 2007 bis 2010 lag der Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit des Kantons Bern, wie dies bereits in der vorangehenden Periode der Fall war, in der Realisierung der eigenen Projekte in Bulgarien. Ebenfalls eine Fortsetzung fand die finanzielle Unterstützung von Projekten verschiedener Entwicklungshilfeorganisationen durch den Lotteriefonds auf einem gegenüber den Jahren vor 2005 hohen Niveau. Ein neues Element war das interkantonale Psychiatrieprojekt in Bosnien-Herzegowina, das vom Kanton Bern vorangetrieben wird. Alle diese Aktivitäten stimmen mit Geist und Buchstaben von Art. 54 der Kantonsverfassung überein.

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Bulgarienprojekte Ende 2010 soll der Kanton Bern weiterhin seinen Beitrag zum wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aufbau in benachteiligten Ländern leisten und die humanitäre Hilfe für notleidende Menschen und Völker unterstützen. In der Legislaturperiode 2007-2010 konnten dafür die Grundlagen gefestigt werden: Dank den Bulgarienprojekten und der Bearbeitungspraxis der Projektgesuche von Entwicklungshilfeorganisationen hat sich der Kanton Bern ein breites Know-How im Politikbereich der Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut, dies immer eingedenk der Tatsache, dass die Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe eine Aufgabe der Bundespolitik ist. Das wertvolle Know-How des Kantons Bern kann namentlich mit dem Psychiatrieprojekt in Bosnien-Herzegowina sinnvoll genutzt werden.

In diesem Projekt bieten sich mehrere Chancen:

- Die Stärkung der interkantonalen Zusammenarbeit dank der Weiterführung und Vertiefung der guten Beziehungen zu den involvierten Kantonen Freiburg, Jura und Genf sowie der DEZA: Der Kanton Bern tritt weiterhin als aktiver und verlässlicher Partner in der Entwicklungszusammenarbeit auf und sichert sich den Zugang zu Kontakten, Know-How und Infrastrukturen der DEZA.
- Mit dem Aufbau eines bernischen Expertenpools in den Bereichen Management, und Psychiatrie unterstreicht der Kanton Bern projektbezogen seine Rolle als Politikzentrum und leistet damit zur USP (Unique Selling Proposition) der Hauptstadtregion Schweiz einen konkreten Beitrag.
- Die Optimierung des Einsatzes von kantonalen Ressourcen: Mit einem limitierten Ressourceneinsatz von 60'000 Franken pro Jahr (DEZA: 1 Mio. CHF/Jahr) nimmt der Kanton Bern gleichberechtigt Mitspracherechte in der Steuerungsgruppe des Gesamtprojekts wahr. Der Koordinationsaufwand wird durch die Übernahme der interkantonalen Koordinationsaufgabe durch den Kanton Jura minimiert. Der Aufwand der Expertinnen und Experten aus den Direktionen beschränkt sich im Normalfall auf wenige Tage pro Person und Jahr. Die Zusammenarbeit mit der DEZA in Bezug auf Vertragsmanagement und Controlling ist eine Garantie für die Qualität und Berechenbarkeit im Projekt.

Als wichtigste Herausforderungen in diesem ambitionösen Projekt ergeben sich:

- Die komplexen politischen und ethnischen Strukturen in Bosnien-Herzegowina: Die Kantone können auf die langjährige diesbezügliche Erfahrung der DEZA und des Kompetenzzentrums für Public Management der Universität Bern zurückgreifen.
- Die Komplexität des Pilotprojekts infolge Intersektoralität, Beteiligung aller Ebenen (international bis lokal) und divergierender Interessen: Dem Aufbau einer soliden Projektorganisation wird grosses Gewicht beigemessen. Die Beteiligung des Kantons Bern beschränkt sich weitgehend auf den Expertenpool.

Die Abwägung von Chancen und Risiken führt auch zu der vom Regierungsrat mit RRB 1774 vom 21. Oktober 2009 befürworteten Stossrichtung, dass der Kanton Bern – dank jahrelanger Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit – in diesem in mehrfacher Hinsicht zukunftsweisenden Projekt eine Pionierrolle übernehmen kann und soll. Damit können gleichzeitig die Beziehungen des Kantons Bern zum Bund und zu benachbarten Kantonen gestärkt werden. Dies wird sich positiv auf die Aussenbeziehungen des Kantons Bern auswirken, die zunehmend von Offenheit und grenzüberschreitender Zusammenarbeit geprägt sein werden.

Bern, 19. Mai 2010

Im Namen der Staatskanzlei

Der Staatsschreiber:

Dr. Kurt Nuspliger